Beschlussvorlage Nr. 379-II-2017

Sitzung/Gremium Sozialausschuss hat zugestimmt Stadtrat	Termin 04.09.2017 28.09.2017	Status öffentlich öffentlich
--	---	---

Vorbereitung durch die Verwaltung:

Federführendes Amt: Fachbereich I/ Team Allgemeine Verwaltung

Betr.: 1. Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Osterwieck

Sachverhalt:

Auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten Jahre sollte die Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Stadt Osterwieck wie folgt überarbeitet werden:

1. Zur Vereinfachung der Ratsarbeit sollte der Sozialausschuss ermächtigt werden, die Ferienschlusszeiten der Kindertagesstätten in Abstimmung mit den KITAs und der Stadt Elternvertretung abschließend festlegen zu können.
2. Es hat sich gezeigt, dass konkrete Fristen und Vorgaben bei der Verwaltung der Kitaplätze für mehr Transparenz und Akzeptanz bei den antragstellenden Eltern sorgen. Es wird eine Anmeldefrist von mindestens 6 Wochen vorgeschlagen.
3. Zur Vermeidung von Zahlungsrückständen und zusätzlichen Haushaltsdefiziten der Stadt Osterwieck sollten Betreuungsverträge von Eltern, die mehrfach ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachgekommen sind, gekündigt werden können.

Finanzielle Auswirkungen der Vorlage

Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr

Ja Nein

Veranschlagung im Finanzplan lfd. Verwaltung

Ja Nein

Ja Nein

Pflichtaufgaben

Freiwillige Aufgaben

Ergebnisplan

Finanzplan/ Investitionstätigkeit

Entscheidungsvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Osterwieck beschließt die 1. Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten der Einheitsgemeinde Stadt Osterwieck.

Anlage: 1. Änderung der Satzung

Wagenführ
Bürgermeisterin

3. Beschluss:

Dem Entscheidungsvorschlag wird

- zugestimmt
- nicht zugestimmt
- mit folgenden Änderungen/ Ergänzungen zugestimmt

Änderungen/ Ergänzungen:

.....
.....
.....
.....

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der
Mitglieder des Stadtrates:

29

davon anwesend:

Ja-Stimmen:

Nein-Stimmen:

Stimmenthaltungen:

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA waren keine Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

Auf Grund des § 33 (1) KVG LSA haben folgende Mitglieder des Gemeinderates weder an der Beratung noch an der Abstimmung mitgewirkt:

.....
.....
.....
.....

Osterwieck, 28.09.2017

Wagenführ
Bürgermeisterin